

Stadtpunkte 6/7|24



IM FOKUS

Städte und Gemeinden in wachsender Finanznot – ausgeglichener Haushalt wird zur seltenen Ausnahme

„Bund sollte die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausbauen“

FACHINFORMATIONEN

AUS DEN STÄDTEN

Düsseldorf: Digitale Karte zeigt kühle Orte; Klimawäldchen lindert Hitze

KALEIDOSKOP

GERN GESEHEN

Mein Lieblingsort in Marl – der idyllische Volkspark



Sorgenvolle Gesichter bei der Landespressekonferenz angesichts der wachsenden Finanznot der NRW-Kommunen. (v.r.n.l.) Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bürgermeister Prof. Dr. Christoph Landscheidt. (Fotos: DieProfifotografenLinaPrenn/Städtetag NRW)



Städte und Gemeinden in wachsender Finanznot – ausgeglichener Haushalt wird zur seltenen Ausnahme

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in NRW verschlechtert sich dramatisch. Ausnahmslos steuern die Haushalte in die Krise. Fast sämtliche Städte und Gemeinden bewerten die Aussichten bis 2028 als schlecht oder sehr schlecht. Das ist das zentrale Ergebnis der ersten Umfrage unter allen Städten und Gemeinden in NRW, die von den Spitzen des Städtetages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW am 20. August in der Landespressekonferenz im Düsseldorfer Landtag Medien und Öffentlichkeit präsentiert worden ist.

„Die Ergebnisse der Umfrage sind ein Alarmsignal. Kaum eine Stadt oder Gemeinde wird in den nächsten fünf Jahren noch einen ausgeglichenen Haushalt schaffen. Wir fahren auf Verschleiß, die letzten

Rücklagen schmelzen dahin. Weitere Städte und Gemeinden werden in die Überschuldung rutschen. Die Lage ist dramatisch. Investitionen in Schulen, Kitas oder Verkehr, die wir so dringend brauchen, sind kaum noch möglich. Die Auswirkungen spüren die Menschen vor Ort, wenn an allem geknappst werden muss. Das Land darf davor nicht die Augen verschließen“, warnten der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, und der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bürgermeister Prof. Dr. Christoph Landscheidt.

Die Städte und Gemeinden sind chronisch unterfinanziert. Die Ausgaben der Städte und Gemeinden steigen seit Jahren stärker als ihre Einnahmen. Allein die Sozialaus-

gaben der Kommunen haben in den vergangenen fünf Jahren um 4,5 Milliarden Euro zugelegt und sich seit 2009 sogar verdoppelt auf 24 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Hinzu kommen Schäden durch die bilanzielle Isolation von Mehrbelastungen durch Corona und Ukraine-Krieg von 6,5 Milliarden Euro, die die kommunalen Handlungsspielräume auf Jahrzehnte einschränken.

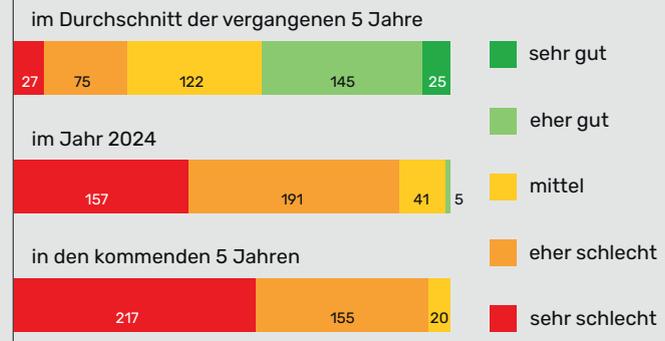
Zusätzliche Aufgaben für die Städte und Gemeinden wie der Ganzttag für Grundschul-kinder, die Digitalisierung an Schulen oder die Versorgung von Geflüchteten sind gesellschaftlich notwendig, aber unterfinanziert. Das verschlechtert die Finanzlage weiter. Auch die Zinsausgaben explodieren und werden voraussichtlich im kommenden Jahr mehr als 1 Milliarde Euro verschlingen, vor allem, weil das Altschuldenproblem immer noch akut ist.

„Die Altschuldenlösung ist für NRW greifbar nah. Sie muss jetzt kommen. Dafür müssen alle Beteiligten ihre Hausaufgaben machen. Wir sind in guten Gesprächen mit der Landesregierung, wie das Landesmodell umgesetzt werden kann. Hier trägt das Land Verantwortung, dass das gelingt und bald Ergebnisse vorliegen. Und vom Bund brauchen wir zwei klare Signale: zum einen das politische Bekenntnis der Bundesregierung, dass die Mittel zur Verfügung stehen werden. Und zum anderen eine sehr breit getragene Klarheit, dass der Bundestag den Weg frei macht für die notwendige Grundgesetzänderung, die eine Beteiligung des Bundes an einer Altschuldenlösung in den Ländern erst möglich macht“, so Eiskirch und Landscheidt.

STÄDTE UND GEMEINDEN IN WACHSENDER FINANZNOT

HAUSHALTSUMFRAGE 2024

Einschätzung der Haushalts-/Finanzsituation vor Ort ...

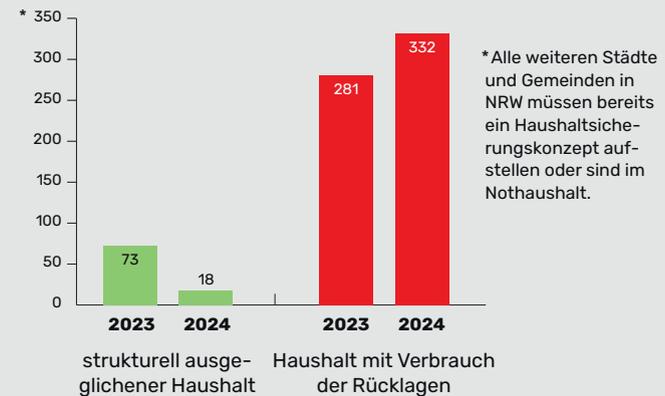


Quelle: Haushaltsumfrage von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW



AUSGEGLICHENER HAUSHALT WIRD ZUR AUSNAHME

Haushaltsstatus von Städten und Gemeinden



Quelle: Haushaltsumfrage von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW

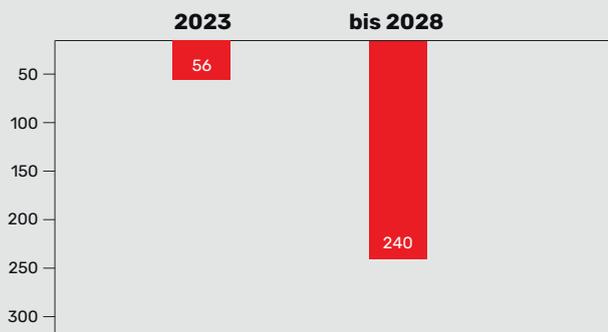


Titelfoto

Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch (Mitte) und der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bürgermeister Prof. Dr. Christoph Landscheidt (links) bei der Landespressekonferenz in Düsseldorf moderiert von Maximilian Plück von der Rheinischen Post (Foto: DieProfifotografenLinaPrehn/Städtetag NRW)



VERZEHR DER RESERVEN



Städte und Gemeinden, deren Ausgleichsrücklage verbraucht ist

Quelle: Haushaltsumfrage von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW



Eine Lösung des Altschuldenproblems allein beseitigt aber nicht die Finanzprobleme der Städte und Gemeinden. „Was wir brauchen, ist eine echte Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Dafür muss das Land die Zuweisungen im Gemeindefinanzausgleich erhöhen und den Verbundsatz endlich wieder anheben, im ersten Schritt auf zunächst 25 Prozent. Das ist längst überfällig. Der Verbundsatz ist seit Jahrzehnten zu gering. Mittelfristig muss er auf ein Niveau, wie in früheren Jahren steigen, mit dem die Kommunen ihren Aufgaben in vollem Umfang erfüllen können. Außerdem erwarten wir, dass konsequent das Prinzip ‚Wer bestellt, bezahlt‘ eingehalten wird. Konnexität muss für alle zusätzlichen Aufgaben gelten, die das Land uns auf die Schultern packt. Und wir brauchen bürokratiearme und praktikable Gesetze, damit wir wieder mehr Handlungsspielraum erhalten“, forderten Eiskirch und Landscheidt.

www.staedtetag-nrw.de

„Bund sollte die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausbauen“

In der Sommerdebatte um stetig weiter steigende Kosten in der Pflege und die Frage, wie Pflegebedürftige in Zukunft angemessen unterstützt werden können, hat sich Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, für ein deutlich stärkeres Engagement des Bundes ausgesprochen. Gegenüber dem Westfalen-Blatt beschrieb er die Situation aus Sicht der Städte am 23. Juli so:

„Je höher die finanzielle Belastung für Pflegebedürftige, desto größer ist ihr Armutrisiko. Viele können sich die Pflege nicht mehr leisten und sind dann auf Sozialhilfe angewiesen, konkret die sogenannte Hilfe zur Pflege.“

Das ist schmerzlich für die Betroffenen. Viele empfinden es zurecht als würdelos, wenn sie im Alter unverschuldet in die Armut abrutschen. Die steigenden Pflegekosten treffen auch die Städte hart. Denn die Hilfe zur Pflege wird von den Kommunen gezahlt. Je mehr pflegebedürftige Menschen im Alter auf diese Sozialhilfe angewiesen sind, desto stärker werden die ohnehin schon angespannten kommunalen Haushalte belastet. Der Bund sollte die Pflegeversicherung perspektivisch zu einer Vollversicherung ausbauen – oder zumindest den Eigenanteil der Pflegebedürftigen deckeln.“

Laut Informationen der Bundesregierung erhalten aktuell gut 5,2 Millionen pflegebedürftige Menschen in Deutschland Leistungen der sozialen Pflegeversicherung. Diese Leistungen können sehr unterschiedlich sein. Sie sind abhängig von der Schwere und der Art der Pflegebe-

dürftigkeit. Während manchen ein wenig Hilfe im Haushalt genügt, brauchen andere rund um die Uhr Unterstützung. Die meisten – rund 84 Prozent – lebten zu Hause, gut 700.000 Menschen werden stationär betreut. Die Zahlen spiegelten den Wunsch wider, weiter im eigenen Zuhause leben zu können.

Die Gesamtausgaben der sozialen Pflegeversicherung lagen im Jahr 2023 bei rund 59,2 Milliarden Euro. Für die ambulanten Leistungen wurden etwa 36,2 Milliarden Euro ausgegeben, für stationäre Leistungen waren es rund 19,7 Milliarden Euro.



Mit Blick auf die demografische Entwicklung gilt es als wahrscheinlich, dass die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in Zukunft weiter steigt. (Foto: Beaunitta Van Wyk peopleimages.com)

Positionspapier: Die entscheidende Rolle der Städte für gute Gesetze

Das Positionspapier enthält Vorschläge für eine bessere Gesetzgebung und bessere Gesetzgebungsprozesse, bei denen die Umsetzungsexpertise der Städte beachtet wird. Es verweist u.a. darauf, warum für einen guten Gesetzgeber die Beteiligungsrechte der Städte politische Beteiligungspflichten sind und warum ausreichende Fristen und eine frühzeitige Einbeziehung in die Gesetzesvorbereitung gehören.

www.staedtetag.de/24674

Deutscher Städtebaupreis 2025: Jetzt noch bewerben!

Noch bis zum 30. September haben Städte die Möglichkeit, sich für den Deutschen Städtebaupreis 2025 zu bewerben. Gesucht werden städtebauliche Projekte, die durch ihre nachhaltigen und innovativen Ansätze zur Stadtbaukultur beitragen. Die eingereichten Projekte sollen den aktuellen Anforderungen an zeitgemäße Lebensformen, den Herausforderungen an die Gestaltung des öffentlichen Raums, dem sparsamen Ressourcenverbrauch sowie den Verpflichtungen gegenüber der Orts- und Stadtbildpflege gerecht werden. Der Preis ist mit insgesamt 25.000 € dotiert und wird seit über 40 Jahren von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) ausgelobt und von der Wüstenrot Stiftung gefördert. Die Preisverleihung findet im Mai 2025 in der Akademie der Künste in Berlin statt.

www.staedtebaupreis.de



Positionspapier: Zukunft des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen

Was gehört zu einem zukunftsfähigen Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen und im Bund? Diese Debatte um diese Frage und zehn Forderungen dazu stehen im Mittelpunkt dieses Positionspapiers des Städtetages NRW. Berücksichtigt sind unter anderem der 15-Punkte-Plan der Landesregierung NRW mit Lehren aus der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 aber auch zunehmende Extremwetterereignisse in Folge des Klimawandels sowie größere Gefahren durch Cyberangriffe und hybride Bedrohungen.

www.staedtetag-nrw.de/24676

Europäischer Ideenwettbewerb E18 sucht Städte als Standortpartner

„Re-sourcing - Eine neue Perspektive auf das Bestehende“ lautet der aktuelle Titel des architektonisch und städtebaulichen Ideenwettbewerbs der Deutschen Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e. V. Ziel ist die Entwicklung von Ideen zur Belebung von vernachlässigten, brachliegenden, leeren, stigmatisierten oder monofunktional genutzten Gebäuden und Flächen. Außerdem sollen Nachwuchsgenerationen von Architekten, Stadtplanern und Freiraumplanern aus Europa zusammenkommen und sich austauschen können.

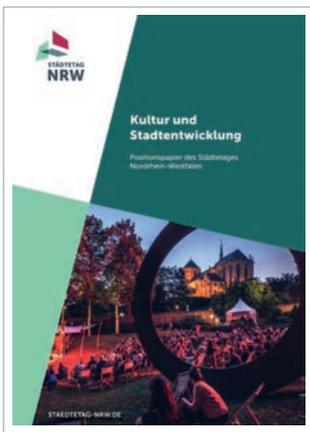
www.europan.de



Positionspapier: Immobilien-, Bau- und Wohnungskrise in den Städten

Mit welchen investiven und regulatorischen Maßnahmen und mit welcher Förderung kann aus Sicht der Städte der Immobilien-, Bau- und Wohnungskrise begegnet werden? Darauf versucht das Positionspapier Antworten zu geben. Denn Entwicklungen im Bau- und Immobiliensektor sind problematisch. Immer weniger Bauprojekte werden realisiert. Die überproportionale Abnahme begonnener Bauprojekte im Bereich Wohnen und Büro ist ein deutlich krisenhafter Indikator. Die Zahl der beantragten und geplanten Wohnbauprojekte sinkt am stärksten in den Städten mit dem größten Wohnraummangel.

www.staedtetag.de/24673



Positionspapier: Kultur und Stadtentwicklung

Wie können die Potenziale von Kunst und Kultur für die Entwicklung der Innenstädte nutzbar gemacht werden angesichts des Strukturwandels der Innenstädte und sich verändernder Ansprüche der Menschen? Was tun mit den leerstehenden Immobilien? Wie verhindern, dass das Umfeld an Attraktivität verliert? Diese Fragen steht im Mittelpunkt dieses umfangreichen Positionspapieres. Ein zusätzliches Best Practice-Papier präsentiert zudem viele praktische Umsetzungsbeispiele.

www.staedtetag-nrw.de/24671

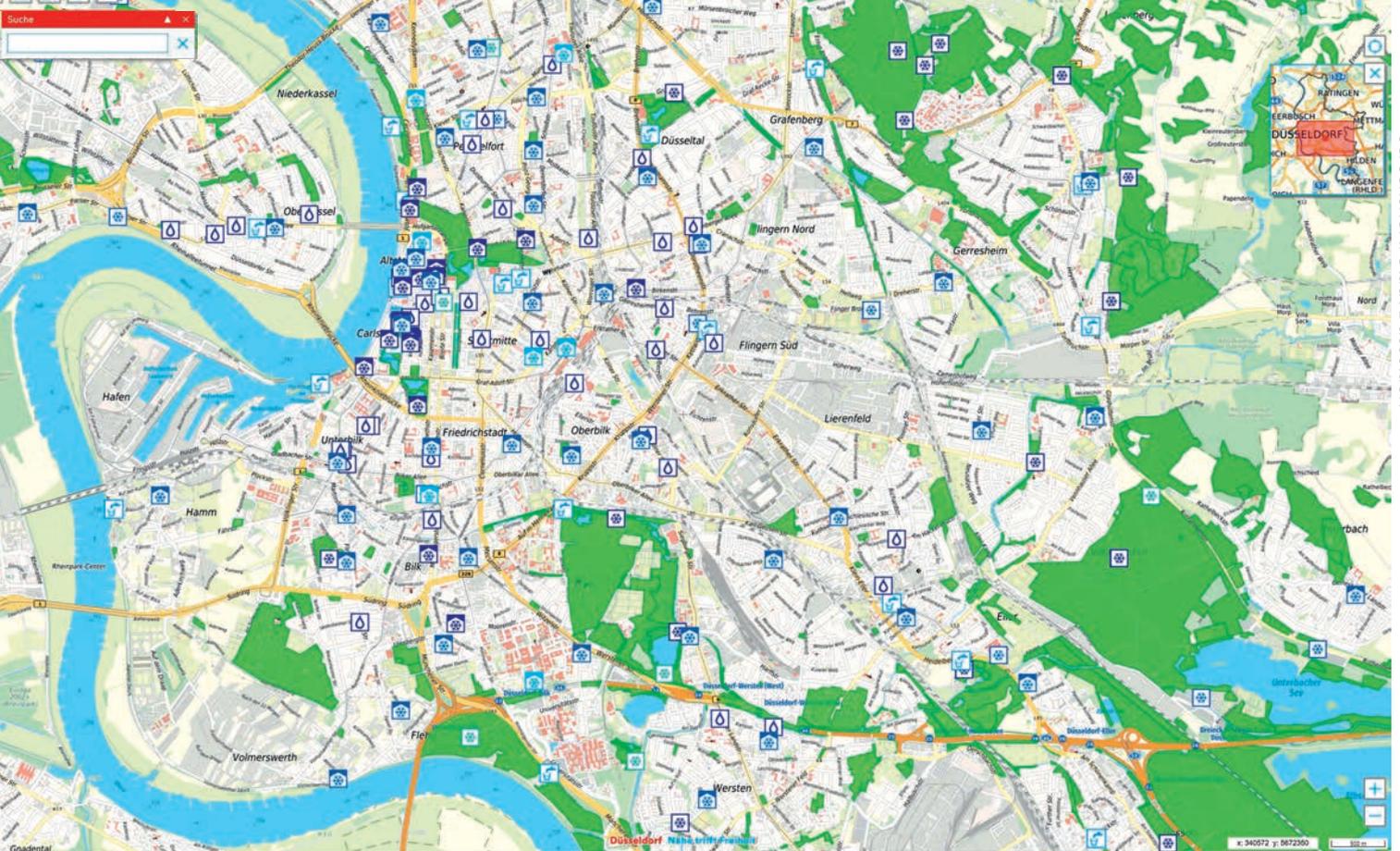
www.staedtetag-nrw.de/24672



Leitfaden: Daten für die kommunale Wärmeplanung

Der Weg zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung führt über die kommunale Wärmeplanung. Mit diesem Instrument können Städte ihren Status Quo sowie die Lösungswege für eine klimaneutrale Wärmeversorgung ermitteln. Erste Praxiserfahrungen in Städten zeigen vor allem: Eine gute Ausgangslage für wirkungsvolle Investitionen in die kommunale Wärmeversorgung braucht eine gute Datengrundlage. Doch es ist wichtig, die Daten mit Bedacht zu nutzen und Datenschutz und Datensicherheit zu garantieren. Gemeinsam mit der PD – Berater der öffentlichen Hand und in zahlreichen Workshops mit Expertinnen und Experten aus den Städten ist der vorliegende Leitfaden entstanden.

www.staedtetag.de/24675



Düsseldorf: Digitale Karte zeigt kühle Orte; Klimawäldchen lindert Hitze

Wer in der Landeshauptstadt Düsseldorf an heißen Tagen ein schattiges Plätzchen sucht oder eine klimatisierte Umgebung, um der innerstädtischen Hitze zu entfliehen, kann diese auf einer digitalen Karte der Stadt zu kühlen Orten finden. Angezeigt werden im ganzen Stadtgebiet schattige Grünanlagen, Waldgebiete, Wasserspielplätze, Waldspielplätze, Trinkbrunnen, Trinkwasser-Refill-Stationen, Bademöglichkeiten und klimatisierte bzw. kühle Gebäude wie Museen, Bibliotheken und Kirchen. Anhand der Karte können auch Wegstrecken geplant werden, um an heißen Tagen an dem einen oder anderen Schattenplatz vorbeizuschauen.

Die Karte ging im vergangenen Jahr erstmals im städtischen Geoportal online. Seither bekam die Stadtverwaltung viele nützliche Bürgerhinweise zu neuen kühlen Orten, wie z.B. schattigen Wegeverbindungen oder luftigen Fahrradstrecken. Diese werden in der Kategorie „Bürger-Tipps“ in der Karte der kühlen Orte dargestellt.

Die digitale Themenkarte ist im Internet abrufbar: www.duesseldorf.de/kuehle-orte Zudem sind die kühlen Orte im städtischen Geoportal Düsseldorf Maps in der Rubrik „Aktuelles“ zu finden.

Tipps und Hintergrundwissen zum richtigen Verhalten bei hohen Temperaturen gibt es im städtischen Hitzeportal des Gesundheitsamts: www.duesseldorf.de/hitzeportal.

Düsseldorf erstes Quartierswäldchen

Als weiterer kühler Ort dürfte schon bald Düsseldorfs erstes Quartierswäldchen bekannter werden. Es wurde binnen eines Jahres auf einem einstigen Schotterparkplatz als sogenannter Pocketpark geschaffen. Ziel war es, eine einstige Hitzeinsel zu einem Ort zu machen, der durch Abkühlung das Stadtklima verbessert, der ökologisch wertvoll ist und der zugleich Aufenthaltsqualität bietet. „Die Folgen des Klimawandels sind in Düsseldorf spürbar: Die Stadt verzeich-

net steigende Durchschnittstemperaturen, veränderte Niederschlagsmuster und Extremwetterereignisse. Maßnahmen zur Klimaanpassung sind wichtiger denn je. Dabei geht die Stadt auch neue Wege. Mit dem Quartierswäldchen in Flingern-Süd setzt Düsseldorf ein starkes Zeichen und zeigt, wie aus einer versiegelten Fläche eine neue Grünanlage entstehen kann“, sagt Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller.

Dafür hat die Stadt auf fast 2.000 Quadratmetern 123 neue Bäume und 175 Großsträucher gepflanzt sowie Wiesenstauden für mehr Artenreichtum. Ergebnis ist ein lichter Baumhain mit dem Charakter eines Wäldchens mitten in einem hochverdichteten Stadtteil. Die städtische Fläche war bis in die 1990er-Jahre Teil der benachbarten Kleingartenanlage. Danach wurde sie im Zuge des U-Bahn-Baus in Anspruch genommen und später gewerblich als Parkplatz eines Autohauses genutzt. Dafür erhielt das Grundstück eine Befestigung aus Schotter und Asphalt. Die Fläche war zuletzt komplett ohne Bewuchs.

In Drei-Meter-Abständen hat die Stadt die neuen Bäume in Gruppen gepflanzt – so entsteht der Wald-Charakter. Dafür hat die Verwaltung eine vielfältige Mischung aus 25 Baumarten und -sorten ausgewählt – darunter Ulmen, Zerreichen, Amberbäume und verschiedene Kiefern. Zudem hat die Stadt eine artenreiche Krautflur angelegt. An den Grundstücksgrenzen wurden heimische Großsträucher gepflanzt. Zu den zwölf verwendeten Arten und Sorten gehören Sanddorn, Feldahorn, Roter Hartriegel und Traubeneiche. Die südliche Grenze des Pocketparks wurde zum Sichtschutz mit säulenförmigen, schnellwüchsigen Bäumen im engen Abstand bepflanzt. Bei der Pflanzenauswahl hat die Stadt Wert auf klimaangepasste Arten gelegt. Ebenso sorgt die breite Palette an Arten dafür, dass der Pocketpark zu jeder Jahreszeit ansprechend gestaltet ist – von der Blüte im Frühjahr, über attraktive Herbstfärbungen bis hin zu immergrünen Gehölzen.



Pocketpark in der Albertstrasse (Foto: Stadt Düsseldorf)

Regenwassernutzung nach dem Prinzip der Schwammstadt

Ein besonderer Schwerpunkt der Planung und Umsetzung lag darauf, anfallendes Regenwasser direkt vor Ort für die Bewässerung der Bäume im Park nutzbar zu machen und so das Prinzip der Schwammstadt anzuwenden. Dafür ist an der Straße ein neuer Sinkkasten mit Schlammfang entstanden. Von dort wird das Wasser in eine begrünte Versickerungsmulde geleitet. Die letzten dafür noch nötigen Arbeiten erfolgen in den kommenden Wochen. Anstatt in die Kanalisation abzufließen, versickert das Wasser dann über die begrünte Fläche. Von der Mulde aus führen unterirdisch mehrere Rigolen zu den einzelnen Baumstandorten und versorgen die Bäume mit Wasser. Zusätzlich wird von der benachbarten Grundwassersanierungsanlage ein Teil des gereinigten Wassers zur Verfügung gestellt, um in Trockenperioden damit zusätzlich wässern zu können.

Die Gesamtkosten für den neuen Pocketpark belaufen sich auf rund 700.000 Euro – gefördert zu 90 Prozent aus Mitteln des Bundesprogramms "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel". Die Düsseldorfer Maßnahme gehört zu den ersten fertiggestellten Projekten in diesem Förderprogramm. In der Planung hat die Stadt mit dem Duisburger Landschaftsarchitekturbüro Danielzik Leuchter zusammengearbeitet.



Gemeinsame Feuerwehr-Akademie für Bochum und Essen
(Foto: Stadt Bochum)

Essen und Bochum planen gemeinsame Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzakademie

Die Städte Essen und Bochum wollen eine Aus- und Fortbildungsakademie an ihrer Stadtgrenze bauen und damit die Aus- und Weiterbildung ihrer Feuerwehr- und Rettungsdienstkräfte bündeln und verbessern. Dazu haben die beiden Oberbürgermeister Thomas Kufen (Stadt Essen) und Thomas Eiskirch (Stadt Bochum) einen Letter of Intent (LoI) unterzeichnet. Darin wurde vereinbart, den Bau der Akademie auf einem 38.000 qm großen Grundstück an der Grünstraße in Bochum-Wattenscheid zu prüfen. Geplant ist eine moderne Lernumgebung, die Präsenzunterricht, Online- wie Hybridlehre sowie fortschrittliche Simulationen und virtuelle Umgebungen ermöglicht: Von digitalen Zwillingen technischer Anlagen über medizinische Schulungen bis hin zu komplexen Taktik- und Trainingsszenarien – die Akademie soll ein breites Spektrum an Ausbildungs- und Trainingsmöglichkeiten bieten.

www.bochum.de / www.essen.de

Wuppertal: Skulpturenpark Waldfrieden mit neuer Ausstellung

Noch bis zum 1. Januar 2025 sind im Wuppertaler Skulpturenpark Arbeiten von Berta Fischer und Eduardo Paolozzi zu sehen. Fischers Skulpturen sind häufig aus transparenten Materialien, welche eingefärbt und durch computergesteuerte Laserschnitte, Hitze und Biegen bearbeitet wurden. Paolozzi, der in diesem Jahr 100 Jahre geworden wäre, band in seine Skulpturen aus Metall und Stein oftmals technische Teile ein, verwendete in seinen bunten Collagen indes oft leuchtende Farben.

www.wuppertal.de



Foto: Stadt Wuppertal



Straßenszene in Kumasi: Oberhalb des Kreisverkehrs sieht man die Kathedrale der Stadt. (Foto: Adobe)

Dortmund: Ghana-Metropole Kumasi ist neue Partnerstadt

Die Drei-Millionen-Metropole Kumasi in Süd-Ghana ist Dortmunds zehnte Partnerstadt – die erste auf dem afrikanischen Kontinent. Kumasi gilt als „Gartenstadt Westafrikas“ und ist Zentrum der Bevölkerungsgruppe der Ashanti. Die Kwame Nkrumah University of Science and Technology in Kumasi ist auch die Partneruniversität der TU Dortmund. Eine Top-Attraktion der Stadt ist der „Kejetia Market“, mit über 11.000 Ständen und 40.000 Händlern. Prominentester Sohn Kumasis ist der frühere UN-Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger Kofi Anan (1938–2018).

www.dortmund.de



Foto: Stadt Marl

Mein Lieblingsort in Marl – der idyllische Volkspark

Es gibt viele schöne Plätze in unserer Stadt. Einer meiner Lieblingsorte ist der idyllische Volkspark in Alt-Marl. Dieser Park hat alles. Er hat Intimität und er hat Weite. Besonders die Stille hier lässt mich die Hektik des Alltages vergessen. Jetzt wird der Volkspark klimagerecht umgebaut. Er ist Teil der Route der Parks und Gärten während der IGA 2027.

Egal an welchem Tag man durch den Marler Volkspark geht, es ist immer was los: Menschen gehen Gassi mit ihren Hunden, Kinder toben auf dem Spielplatz, andere genießen die grüne Idylle beim Radfahren. Ich kenne keine Familie, die nicht mindestens einmal im Volkspark spazieren gegangen ist. Der Volkspark ist eine grüne Lunge in unserer Stadt.

Die Grünanlage lässt sich über viele Wege erkunden. Besucher können direkt von der Ophoffstraße kommend in die Runde

am Teich einsteigen oder auf der anderen Seite vom Spielplatz bis zum alten Stadion wandeln. Fast überall kann man wunderbar verweilen. Einen weiteren Zugang bietet das Stadt- und Heimatmuseum, von dem aus man entlang des Guido-Heiland-Bades in den Park gelangt.

Einmal im Jahr verwandelt sich der Volkspark in eine bunte Flaniermeile. Am Tag der Deutschen Einheit feiern wir unser traditionelles Volksparkfest. Dann erleben die Menschen Kultur im Einklang mit der Natur. Mit der klimagerechten Umgestaltung wird der Volkspark jetzt an die heutigen Ansprüche und Herausforderungen angepasst. Ich freue mich auf viele neue Besucher aus Nah und Fern.

Werner Arndt
Bürgermeister
der Stadt Marl



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Gabriele Klein,
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, August/September 2024